



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 18.02.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	16:30 Uhr bis 17:53 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertretung für Herrn Raue
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertretung für Herrn Haak
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Philipp Pieloth	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertretung für Herrn Eigendorf
Tom Wolter	Fraktion Volt / MitBürger
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle
Tim Kehr wieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister,
	Beigeordneter für Finanzen und Personal
Thomas Stimpel	Referent GB I
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
André Bartel	Controller GB II
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Mandy Krüger	Controllerin GB III
Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Yves Stephan	Controller GB IV
Norbert Schültke	Fachbereichsleiter Mobilität
Aurel Siegel	Fachbereichsleiter Sport
Lisa Leluk	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Dr. Lochmann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt

Herr Dr. Lochmann: Damit kommen wir zur Feststellung der Tagesordnung. Von der Tagesordnung ist nichts zu nehmen. Es ist nichts auf die Tagesordnung zu setzen. Es gibt ein paar Ergänzungen. Beim TOP 7.1 der „Antrag der Linke zur frühzeitigen Sicherung der Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf“ gibt es eine neue Version und Anpassungen im Beschlusstext sowie in der Begründung. Im nicht öffentlichen Teil gibt es Ergänzungen beziehungsweise Untersetzungen zum TOP 14.1 den „Monatlichen Bericht zu personalrechtlichen Angelegenheiten“ und zu 14.2 die „Berichterstattung zu Grundstücksgeschäften“. Ja, Herr Schachtschneider.

Herr Schachtschneider: Ich hätte eine Frage zur Tagesordnung und da speziell zum Punkt 6.1. Da gab es ja im letzten Planungsausschuss ein Änderungsantrag meines Fraktionskollegen und dem wurde ja einstimmig zugestimmt, sodass eigentlich der Bau der Busschleuse entfällt und demzufolge ist das ja obsolet.

Herr Dr. Lochmann: Das sind zwei verschiedene Anträge, glaube ich, aber Herr Rebenstorf sagt etwas dazu.

Herr Rebenstorf: So deswegen, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, um das erstmal einzuordnen. Mal unabhängig davon, Herr Schachtschneider, ob ein anderer Ausschuss zustimmt oder nicht, die sind ja alle nur beratend und am Ende des Tages entscheidet der Stadtrat. Für Sie alle nochmal zum Verständnis. Es sind zwei verschiedene Vorlagen. Die eine Vorlage, das ist die, die letzte Woche Dienstag im Planungsausschuss war und die taucht diese Woche Donnerstag im Vergabeausschuss nochmal auf ist das reine bauliche. Hier geht es jetzt um die Finanzierung. Je nachdem, was Sie nachher beschließen kann es sein, dass da was Komisches rauskommt, aber ich übertreibe jetzt, Sie stimmen zu, dass wir finanzieren dürfen, lehnen uns aber den Bau ab, dann müssten wir nochmal überlegen, wie wir mit der Beschlusslage dann umgehen. Aber ich gehe davon aus, Sie werden einhellige Voten abgeben und den Rest diskutieren wir nachher, wenn die Vorlage aufgerufen wird. Also deswegen ist die hier heute zu diskutieren. Danke.

Herr Dr. Lochmann: Gut, vielen Dank. Herr Vierkant.

Herr Vierkant: Ich wollte zum gleichen Thema, aber dementsprechend zu 6.1 den Vorschlag machen, beziehungsweise beantragen die Vertagung. Begründung eben das am Donnerstag im Vergabeausschuss die endgültige Abstimmung dafür ansteht. Das heißt, wir sollen jetzt hier die Finanzierung beschließen für ein Projekt, was noch gar nicht beschlossen ist. Und deswegen würde ich beantragen Vertagung, die Verwaltung kann ja zurückziehen, sollte eben am Donnerstag im Vergabeausschuss auch das Votum vom Planungsausschuss übernommen werden. Sollte das anders ausfallen, kann man ja den entsprechend ganz normal im nächsten Finanzausschuss beschließen.

Herr Dr. Lochmann: Möchte dazu jemand gegenreden? Herr Geier.

Herr Bürgermeister Geier: Ja klar. Also ich mache hier Gegenrede, weil wenn das Votum am Donnerstag positiv ausfällt, dann hätten wir wieder einen Verzug von vier Wochen. Und das Thema mit der Busschleuse in der Dieselstraße ist auch kein Thema, was für alle neu ist, sondern dieses Thema braucht aus meiner Sicht eine finale Lösung. Deswegen bin ich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Dr. Lochmann: Gut, dann würde ich den zur Abstimmung stellen. Wer ist dafür den Punkt 6.1 zu vertagen? Ich bitte um das Handzeichen. Das sind 1, 2, 3, 4. Wer ist dagegen? Das sind 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7. Gibt es Enthaltungen? Gibt es nicht. Dann ist der Vertagungsantrag abgelehnt mit Mehrheit. Damit würden wir zur Abstimmung über die Tagesordnung kommen, wenn es keine weiteren Einwendungen mehr gibt. Wer stimmt der Tagesordnung zu? Dann bitte ich um das Handzeichen? Das ist einstimmig. Vielen Dank.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 18.12.2024
- 4.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.01.2025
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.01.2025
Vorlage: VIII/2025/00796
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für das Vorhaben Busschleuse Dieselstraße im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2025 im Fachbereich Mobilität
Vorlage: VIII/2024/00687
- 6.2. Wechsel von Sanierung zu Ersatzneubau der Judo- und Ringerhalle auf der Sportanlage des SV Halle e.V., Kreuzvorwerk 22 in 06120 Halle (Saale) im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“
Vorlage: VIII/2024/00631

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Sicherung der Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf
Vorlage: VIII/2024/00388
8. Mitteilungen
- 8.1. Jährlicher Bericht über vergütete Praktikumsstellen gemäß Beschluss des Stadtrates vom 29.06.2021 (Vorlage Nr. VII/2021/02621)
Vorlage: VIII/2025/00769
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 11.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 18.12.2024
- 11.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.01.2025
12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Erwerb des Geschäftsanteils der EVH GmbH an der der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH durch die Stadtwerke Halle GmbH
Vorlage: VIII/2025/00767
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Busschleuse in der Dieselstraße

Fragesteller 1 machte darauf aufmerksam, dass es im östlichen Stadtgebiet keine weiterführenden Schulen gibt, sodass viele Schüler lange Wege durch die Stadt beispielsweise mit dem Fahrrad auf sich nehmen. Fragesteller 1 berichtete, dass aus diesem Grund viele Kinder und Jugendliche die Dieselstraße passieren, die bereits jetzt durch den hohen Durchgangsverkehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Fragesteller 1 fragte, welche Maßnahmen die Verwaltung in der Dieselstraße ergreift, um für einen sicheren Schulweg zu sorgen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Verwaltung mit der Umsetzung des Baubeschlusses zur Busschleuse in der Dieselstraße beabsichtigt, den Durchgangsverkehr in dieser Straße zu minimieren. Er berichtete von einer ausführlichen Prüfung unterschiedlicher Varianten inklusive der Sperrung der Straße, welche nur den Verkehr von Fußgängern und Fahrradfahrern erlaubt. Diese würde aber jährliche Kosten von 400.000 Euro aufrufen durch die lange Umleitung, die für den Bus-Verkehr notwendig wäre. Er führte aus, dass die bisherigen Lösungen mit dem Poller und der Schrankenanlage hohe Kosten aufgrund von Vandalismus-Schäden auf sich gerufen haben. Abschließend sagte er, dass die Verwaltung die Variante mit der Busschleuse präferiert, da sie technisch gut umzusetzen und vandalismussicher ist.

zu 3.2 Fragesteller 2 zur Busschleuse in der Dieselstraße

Fragesteller 2 äußerte seine Besorgnis über die anhaltenden Probleme mit den Absperranlagen in der Dieselstraße. Fragesteller 2 berichtete von einer Durchfahrtskontrolle, die im letzten Jahr durchgeführt wurde und bei der festgestellt wurde, dass bis zu 50 Fahrzeuge pro Stunde die Straße widerrechtlich passieren. Fragesteller 2 fragte, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung plant, um die Bürger zu schützen und die hohe Anzahl an verbotenen Durchfahrten zu reduzieren, da die bestehende Beschilderung offensichtlich nicht ausreicht.

Herr Rebenstorf sagte, dass bei Ablehnung der Vorlage zum Baubeschluss der Busschleuse in der Dieselstraße die Beschilderung so bestehen bleibt und dann für Anwohner nur die Möglichkeit bleibt, bei unerlaubtem Passieren die Polizei zu informieren, da sie für den fließenden Verkehr zuständig ist. Zusätzlich verwies er auf seine Ausführungen zu dem Thema im Planungsausschuss.

Herr Bürgermeister Geier sprach sich für die Variante mit der Busschleuse aus, da hier die Gefahr durch Vandalismus erheblich eingeschränkt wird. Er betonte, dass das Ordnungsamt aus rechtlichen Gründen keine fahrenden Autos anhalten darf. Die Kontrolle des fließenden Verkehrs ist Aufgabe der Polizei.

zu 3.3 Fragesteller 3 zur Busschleuse in der Dieselstraße

Fragesteller 3 sprach die rechtliche Seite der Situation in der Dieselstraße an. Eine Aussage im Planungsausschuss, die die Notwendigkeit einer baulichen Anlage zur Reduktion des Durchgangsverkehrs infrage stellte, irritierte Fragesteller 3. Er zitierte das Verwaltungsverfahrensgesetz, das besagt, dass Betroffene die Errichtung von Anlagen verlangen können, wenn nachteilige Wirkungen auf ihr Recht auftreten. Abschließend fragte er, ob der Stadtrat gegen das Gesetz verstößt, wenn er die Vorlage ablehnen sollte.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass das Verwaltungsverfahrensgesetz die Möglichkeit bietet, durch ein einfaches Straßenschild ein Durchfahrtsverbot auszusprechen. Das eigentliche Problem liegt jedoch nicht in der Reaktion der Verwaltung oder des Stadtrats, sondern im Verhalten der Autofahrer. Er sagte, dass man zunächst mit dem einfachsten Mittel, dem Verkehrsschild, begonnen hat, um die Verkehrssituation zu regeln. Da das nicht effektiv war, wurden stärkere Maßnahmen ergriffen, wie die Installation von Pollern und schließlich die Busschleuse als finale Lösung aus Sicht der Verwaltung.

Fragesteller 3 sagte, dass der jetzige Zustand dem Planfeststellungsbeschluss entspricht, jedoch die Absperrung durch die Schilder nicht den gewünschten Effekt zeigt, sodass der Stadtrat dem Baubeschluss der Busschleuse zustimmen muss, wenn nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz gehandelt werden soll.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass es zwei Varianten zur Lösung des Problems gibt. Die erste wäre die dauerhafte Präsenz durch die Polizei an der Stelle, was allerdings nicht in der Hand der Verwaltung liegt. Die zweite Variante besteht in der Ergänzung eines Verbotsschildes und der Durchfahrtsperre für Autos.

zu 3.4 Fragesteller 4 zur Busschleuse in der Dieselstraße

Fragesteller 4 schilderte die schwierige Verkehrssituation in der Dieselstraße, die besonders für Fahrradfahrer in den Stoßzeiten akut ist. Weiterhin zeigte sich Fragesteller 4 irritiert über die hohen Kosten für die geplante Busschleuse und fragte, ob die Verwaltung mehrere Kostenvoranschläge für das Projekt einholte.

Herr Schültke antwortete, dass Busdurchfahrtsschleusen einem bestimmten technischen Regelwerk entsprechen müssen. Er sagte, dass die Verwaltung für die Kostenschätzung aktuell gebaute Beispiele aus vergleichbaren Städten herangezogen hat. Er führte aus, dass erst nach dem Baubeschluss ein Vergabeverfahren gestartet werden kann, bei dem Angebote eingeholt und miteinander verglichen werden können.

zu 3.5 Fragesteller 5 zur Busschleuse in der Dieselstraße

Fragesteller 5 äußerte sein Ärgernis über die vielen Autofahrer, die unerlaubt die Dieselstraße passieren und hinterfragte, warum die Lösung mit den Pollern nicht funktionierte, wie an anderen Stellen im Stadtgebiet.

Herr Schültke sagte, dass die Polleranlage in der Dieselstraße mehrfach angefahren wurde und so hohe Instandhaltungs- und Wartungskosten nach sich zog. Nach Abwägung aller Varianten ist die bauliche Umsetzung der Busschleuse für die Verwaltung die zu Präferierende.

Fragesteller 5 schlug vor, eine Überwachungskamera an der Stelle zu installieren, um die Verursacher der Vandalismusschäden zu identifizieren.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Prüfung und Einführung einer Überwachungskamera Aufgabe der Polizei ist und es dafür nur einen sehr begrenzten rechtlichen Rahmen gibt.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Herr Dr. Lochmann schlug vor, beide Niederschriften gemeinsam abzustimmen. Dem wurde nicht widersprochen.

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 18.12.2024

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 18.12.2024.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 4.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.01.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.01.2025.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.01.2025
Vorlage: VIII/2025/00796**

Herr Dr. Lochmann wies darauf hin, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.01.2025 vor dem kleinen Saal zur Einsichtnahme aushängen und im Ratsinformationssystem digital einsehbar sind.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für das Vorhaben Busschleuse Dieselstraße im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2025 im Fachbereich Mobilität
Vorlage: VIII/2024/00687**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt

Herr Dr. Lochmann: Damit kommen wir zum TOP 6 beziehungsweise 6.1 „Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für das Vorhaben Busschleuse Dieselstraße“, also das Thema, worüber wir schon ziemlich viel gehört haben. Wie gesagt, es geht hier um den finanziellen Anteil, nicht um den Baubeschluss, der im Planungsausschuss war. Aber Herr Rebenstorf, Sie möchten trotzdem dazu einführen. Bitte.

Herr Rebenstorf: Ja, meine Damen und Herren, ich habe ja nun bedingt durch die Einwohnerfragestunde schon sehr viel vorgetragen, was diese Vorlage betrifft. Die Varianten haben wir geprüft. Wir haben alle anderen ausgeschlossen. Ich hatte es ja vorhin schon gesagt. Den Bus dauerhaft umzuleiten, wenn man die Dieselstraße baulich schließen, ist ein Kostenaufwuchs von 400.000 pro Jahr. Wenn wir – ausdrücklich, wenn wir die Busanbindung zwischen westlich und östlich der Bahntrasse so aufrecht erhalten wollen natürlich über Kürzungen beim ÖPNV würde man die Summe wieder einsparen können. Aber dann löst das andere Nachfragen hier in der Einwohnerfragestunde aus. Schranke und Poller. Wir hatten es jetzt nochmal dargestellt, haben tatsächlich in den letzten zwanzig, fünfundzwanzig Jahren diesen sechsstelligen Betrag schon aufs Tableau aufgerufen. Was man auch nicht vergessen darf, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir haben, die immer wieder damit beschäftigt sind, neue Aufträge rauszugeben, Schäden aufzunehmen, neue Aufträge auf den Weg zu bringen. Das haben wir natürlich nirgendwo mitberücksichtigt, weil das in Führungsstrichen normales Verwaltungshandeln ist. Aber ich glaube die Kolleginnen und Kollegen könnten auch was Anderes machen, als ein- bis zweimal im Monat

einen Vandalismusschaden aufzunehmen. Und nach all diesem Abwägen und Gegenüberstellen, weil, was Anderes machen wir ja letztendlich auch nicht in der Planung, Varianten aufzeichnen und dann ausschließen und abwägen, welche es aus all diesen Randbedingungen, die die zumindest für die nächsten zwanzig Jahre Ruhe an der Stelle versprechen. Und so sind wir zur Busschleuse gekommen. Einfach auch vor dem Hintergrund, weil wir am Saalecenter gute Erfahrungen damit gesammelt haben. Dort funktioniert es auch. Auch da gibt es keinerlei Beschwerden, weil auch da ist dieser bauliche Kurzschluss zwischen, kurzen Weg aus der B 80 raus, in das Wohngebiet hinein, anstatt, dass man den regulären Weg nimmt. Ich glaube, es ist über die Straße an der Feuerwache und bei der Feuerwache rum ist dort der offizielle Weg ins Quartier rein, der auch wesentlich länger ist. Wir können Sie nur darum bitten, dem zuzustimmen. Sie haben die Ausführungen aus der Bürgerschaft gehört, die Sorgen und Nöte der Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort. Wir denken, dass mit dieser rein mechanischen Busschleuse, also baulich, mechanisch meine ich jetzt nicht technisch, wo irgendwas aus einem Apparatismus heraus wieder kaputtgehen kann, dass das bis auf weiteres die nachhaltigste Lösung an dieser Stelle ist. Wir bitten ausdrücklich um Ihre Zustimmung. Unabhängig davon, nicht der Finanzausschuss, auch dass der Planungsausschuss die Bauvorlage, die Planungsvorlage abgelehnt hat, der Planungsausschuss ist ein empfehlender Ausschuss. Die finale Entscheidung muss dann am Donnerstag im Vergabeausschuss gefällt werden. Vielen Dank. Ach so, und falls noch Fragen sind, klar, Herr Schültke ist mit da, falls noch technische Details sind.

Herr Dr. Lochmann: Gibt es Meldungen? Herr Nistripke bitte.

Herr Nistripke: Ich habe zwei Fragen. Die eine können Sie wahrscheinlich nicht beantworten, die andere vielleicht schon. Das eine ist, Vandalismus ist ja vielleicht richtig, aber es sieht ja auch so aus, als ob das absichtlich zerstört wurde von interessierten Hallensern sozusagen. Also die Frage ist dann für mich, es ist ja niemals festgestellt worden, wer es war. Es gibt wahrscheinlich doch Bewohner, nicht dieser Kompott-Siedlung, sondern der anderen Kanenaer, die Interesse haben, dass man da durchfahren kann. Aber das ist schwer zu beantworten. Aber eigentlich wäre es günstig, wenn man da diese Interessen irgendwie auch mal überlegt. Wer ist das und wie können wir deren Anliegen auch berücksichtigen? Und die zweite Frage ist, es kam vorhin bei den Einwohnern die Frage nach, das ist nicht nur PKW, sondern also große Fahrzeuglaster oder wer immer da durchfährt, Transporter. Und die Frage ist, wenn die entsprechende Freiheit unten gewährleistet ist, könnten die dann auch durch die Busstraße durchfahren oder nicht? Herr Schültke? Weiß ich nicht.

Herr Rebenstorf: Ich würde mal die erste Frage und Herr Schültke macht die zweite. Herr Nistripke, wenn die Bürgerschaft Interesse hat, da durchzufahren, ist, glaube ich, der erste Weg hierher und nicht draußen Selbstjustiz machen. Also, falls da irgendeiner an Sie herantritt, ich gucke jetzt mal alle Stadträte an, dann geben Sie dem logischerweise nicht die Empfehlung, niere die Schranke um, sondern kommen zur Stadtverwaltung oder sprich im Ausschuss vor und macht den Vorschlag, den wir dann prüfen, wie immer, mit was für einem Ergebnis am Ende des Tages. Also, Herr Schültke, mal die andere Frage.

Herr Dr. Lochmann: Herr Schültke, bitte.

Herr Schültke: Ich kann jetzt nicht ausschließen, dass es einzelne Großfahrzeuge geben wird, die da auch diese Busschleuse passieren können, ohne sich am LKW oder Vergleichbarem was zu zerstören. Aber es ist gezielt gebaut für Busse und Rettungsfahrzeuge, also die großen Feuerwehrfahrzeuge, damit man durchfahren kann. Die kleinen Pkw-ähnlichen Rettungsfahrzeuge müssen außenrum. Das wissen auch die Kollegen. Das geht auch von den Einsatz- und Rettungszeiten her noch vertretbar. Also es ist nicht ganz auszuschließen, dass es einzelne Fahrzeuge gibt, die auch da drüber kommen irgendwie.

Herr Dr. Lochmann: Okay, vielen Dank. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf: Ich soll jetzt bloß nochmal ergänzen. Wir werden die Schilder anpassen müssen, die darauf hinweisen, dass dort im wahrsten Sinne des Wortes eine Fallgrube ist, fahren die dann trotzdem rein, haben die keinen Anspruch, dass sie aus einer städtischen Versicherung irgendeinen Ersatz kriegen. Weil dann ist es so schon grob fahrlässig, was da stattfindet, aber wer dann im wahrsten Sinne des Wortes in die Grube reingefallen ist, ist auch selber schuld dann. Also irgendwo ist auch mal gut, hier alle in Watte einzupacken.

Herr Dr. Lochmann: Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim: Ich habe mal noch eine ganz andere Frage. Wir sitzen hier im Finanzausschuss, da geht es meistens ums Geld. Wir haben ja zwei unterschiedliche Vorlagen. Wir haben eine gekriegt für den Planungsausschuss und eine für den Finanzausschuss. Und in der ersten, nämlich die im Planungsausschuss, die ist mit Datum vom 04.12., die für den Finanzausschuss vom 17.12. Unterschied 13 Tage. Was die Kosten der HAVAG betrifft, sind da aber zwei unterschiedliche Zahlen drin. Bei der einen steht vom 04.12. 400.000 und bei der zweiten steht ca. 460.000 Euro, die das kosten würde. Bei einer Vollsperrung, abgesehen von der Differenz, würde ich ganz gerne mal erläutert haben, wo diese Kosten herkommen sollen. Das sind, ich sage mal, eine knappe Verdoppelung der Entfernung von der Brücke Dieselstraße bis zur B6, wenn Sie die nächste Abfahrt über die Chaussee nehmen müssten. Um dann wieder auf die B6 zu kommen mit dem Bus. Also für das Häppchen 460.000 Euro zu veranschlagen, wo Sie sogar noch eine Bushaltestelle einsparen, nämlich die im Pflaumenweg oder am Pflaumenweg, ist eine sagenhafte Zahl. Kann das jemand erklären?

Herr Dr. Lochmann: Herr Schültke bitte.

Herr Schültke: Ja, wir haben natürlich die HAVAG gebeten, das tatsächlich auch mal uns plausibel vorzulegen. Das ist auch geschehen. Es ist relativ einfach erklärt. Ein Bus fährt nicht nur den ganzen Tag hin und her auf ein und derselben Strecke, sondern ist eingebunden in sogenannte Umläufe. Sie kennen das durchaus, dass an einer bestimmten Endhaltestelle mal die Nummer wechselt. Selbst bei der Straßenbahn. Aus der 9 wird die 10 und umgekehrt. Und so gibt es etliche Buslinien, die sind durchgebunden und haben eine bestimmte Gesamtlänge, die in einen Umlauf passt. Das hat mit den Linien erstmal nichts zu tun, sondern ist im Gesamtbetriebsablauf zu betrachten. Und wenn eine ganz bestimmte Streckenlänge, Klammer auf, Zeit, vergrößert wird, kann das genau die sogenannte Schwelle sein, die notwendigerweise dann einen entweder zusätzlichen Bus, um die Takte einhalten zu können, hervorruft. Oder eben auch zusätzliche Fahrer oder eine andere Linienstruktur dann in der Folge hat. Das hat uns die HAVAG vorgelegt. Wir haben das im Wesentlichen überprüft und haben das für plausibel nachvollziehbar empfunden. Also wir haben es jetzt nicht im Einzelnen nachgerechnet, aber es war plausibel hergeleitet. Und die Differenz war ein redaktioneller Fehler, ein Übertragungsfehler zwischen den 400.000 und den 460.000 Euro.

Herr Wolter: Wo ist der Fehler? Bei 460, weil das die aktuelle Vorlage ist oder?

Herr Schültke: Die aktuellere ist die mit 460, genau.

Herr Dr. Meerheim: Ich begreife immer noch nicht, wo die 460.000 herkommen. Das kann ja nicht bloß der Diesel sein, den die fahren für die 400 Meter.

Herr Schültke: Nochmal, Sie müssen mindestens einen Bus mehr einsetzen. In der Rechnung kamen sogar zwei raus, weil die Linien miteinander verknüpft sind. Sie müssen

permanent zwei Busse mehr einsetzen, um das jetzige Linienangebot mit dem größeren Umweg abzubilden und entsprechend zusätzliche Fahrer.

Herr Dr. Meerheim: Das ist eine halbe Minute.

Herr Schültke: Nein, das sind mehr.

Herr Dr. Meerheim: Ich bin es mit dem Auto abgefahren.

Herr Bürgermeister Geier: Erklär es nochmal kurz.

Herr Rebenstorf: Nochmal, Sie kennen das ähnliche Phänomen auch beim Thema Stadtbahn. Da steht dann drinnen, der Umbau Verkehrsanlage XY spart eine Minute ein. Da geht ja auch immer ein Raunen durch den Raum. Ich mache einen Aufwand im zweistelligen Millionenbereich wegen einer Minute. Aber man darf das nicht nur auf einen einzelnen Takt sehen. Sie müssen das über den Tag, über den Monat, über das Jahr sehen. Und da kommen am Ende des Jahres diese dicken Summen raus. Das ist vielleicht zu ähnlich, weil es passt ja zum Thema Finanzen, dass in der Finanzwirtschaft im Bankwesen auch bis zur vierten Stelle nach dem Komma gerundet wird. Einfach weil am Ende bei einer Bank am Jahresende eine Million mehr rauskommt an Gewinn. So ähnlich ist das mit diesen Minuten. Diese Minuten an sich hören sich im ersten Moment nicht viel an. Aber das hat am Ende die Folge, dass sie einen Umlauf mehr brauchen. Ein Bus, ein Fahrzeug, eine Straßenbahn ist ja egal. Der Fahrer, der hinten dranhängt, Sozialversicherungskosten und, und, und. Und damit kommen diese Summen über das Jahr gerechnet zusammen. Wie gesagt, das ist so ähnlich wie, ich spare nur eine Minute ein, wenn ich bei der Stadtbahn eine Beschleunigung hinkriege. Aber es macht es am Ende über das Jahr. Und dadurch kommen diese Kosten dann zustande.

Herr Dr. Meerheim: Bin ich nicht überzeugt, dass Sie das ehrlich sagen, weil die Busse, die da fahren, die fahren alle im Kreis.

Herr Rebenstorf: Nee, dann machen wir es so, das lasse ich jetzt nicht auf mir sitzen. Dann machen wir es so, wir werden Ihnen das mal vorrechnen. Wie auch immer, ein Termin mit der HAVAG. Dann kann sie das einmal runter nochmal erklären. Wie das funktionieren kann, weil anders funktioniert es ja nicht.

Herr Dr. Lochmann: Okay. Als nächstes habe ich Herrn Sehrndt auf der Liste.

Herr Sehrndt: Tja, ich bin ja gleichzeitig Mitglied des Planungsausschusses, der letzten Dienstag hier tagte. Ich plädiere sehr dafür, ich habe also dem Planungsausschuss dagegen gestimmt. Und ich plädiere dafür, obwohl aus bestimmten Gründen das niemand will, dass wir diese Angelegenheit verschieben. Weil wir reden hier über Kram, wir reden jetzt über Kram, der niemanden interessiert. Es geht einfach darum, dass wir verhindern, dass die Busse da durchfahren. Das muss unser Bestreben sein. Wir haben ein paar Schilder hingehangen, wir wissen, was ein Schild wert ist. Nichts. Also muss das geklärt werden. Und wir sind im Planungsausschuss mit der Maßgabe auseinandergegangen, dass die Angelegenheit rechtlich geklärt werden muss im Zweifelsfall, wenn Betroffene, die Bürger, die Bürgerinitiative, die Bürgerinitiative klagen wollen. Nun muss man, so war das, es hat jemand nicht mehr auf dem Schirm, das kann nur die Lösung sein. Wir können doch hier nicht, wir reden davon, dass der Polizist heute Hinketuß ist und kann nicht da hinkommen und ich habe es alles erlebt mit Falschparkern vor unserer Einfahrt, wir haben kein Benzin, das glauben sie ja alles ja nicht. Und das ist einfach so, es muss rechtlich geklärt werden und dann müssen die Politiker ran, das sind nicht wir. Ich finde es auch ein bisschen schäbig, den Stadträten vorzuwerfen, dass wir hier eine falsche Lösung anbieten. Ich merke jetzt auch schon wieder, dass alle ein bisschen gelangweilt sind, weil wir wollen jetzt mal

schnell die 250.000 durchschieben. Das ist genau der Grund, warum die Stadt kein Geld hat, weil überall locker vom Hocker das Geld ausgegeben wird. Und hier geht es darum, dass die Bürger ihr Recht kriegen und die Stadt nicht in Unsummen versinkt. Das muss einfach jedem klar sein und wer hier einfach dafür stimmt, dann kommt am Donnerstag der Vergabeausschuss und stimmt nochmal dafür und dann ist das erledigt. Und irgendwann stimmt der Haushalt nicht und da wundern wir uns alle wieder. Wir können auch nicht über Umläufe reden von der HAVAG. Es geht einfach darum, dass wenn ein Verbot ist und das besteht ja rechtlich, dass dort keine Autos durchfahren dürfen, das muss durchgesetzt werden. Das ist einfach, muss das Ziel aller hier Wirkenden sein und da muss man sich Gedanken machen und deswegen brauchen wir eine Vertagung, nicht ein Jahr, Herr Geier, aber vernünftig so viel, dass es geklärt werden kann. Und da müssen, wenn die Rechtsabteilung der Stadt vielleicht da ein bisschen Beschwerden hat damit, das weiß ich nicht, dann muss es jemand anders klären. Das ist einfach erforderlich, weil diese Fälle kommen ja immer wieder und die werden dann so über den Tisch geschoben, mache, erledigt. Und dass der Bürger fragt, was war wohl Fragesteller 4, was eigentlich kostenmäßig, wie das zusammengekommen ist. Da kann ich nicht, wenn wir als Stadt kein Geld mehr haben, da muss ich, Herr Schültke, da muss ich das so sehen, dass ich nicht drei Vergleichsobjekte irgendwo ranziehe, sondern da muss ich irgendwo eine Voranfrage machen oder sowas. Das ist einfach wichtig. Ich bin nicht drin in diesen Prozessen, aber da muss es belastbare Aussagen geben.

Herr Bürgermeister Geier: Ich würde dazu gern nochmal etwas sagen.

Herr Dr. Lochmann: Herr Geier, bitteschön.

Herr Bürgermeister Geier: Also fangen wir mal an mit der Voranfrage. Dem Herrn Schültke ist hier überhaupt nichts vorzuwerfen, sondern eine Voranfrage kann ich dann machen, also eine Marktabfrage, wenn ich haushalterisch die Dinge geklärt habe. Ja, weil sozusagen eine Vergabe anzustoßen oder eine Marktabfrage zu machen, ohne dass das haushalterisch abgesichert ist, geht leider nach Vergaberecht nicht. Und hier geht es ja darum, diese Ermächtigung zu bekommen und dann abfragen zu können, ob wir bei 200.000 landen oder möglicherweise etwas geringer. Herr Sehrndt, was das Rechtliche angeht, da hat sich die Stadt Halle, und da will ich jetzt nochmal ausdrücklich sagen, das hat auch Kollege Rebenstorf betont, also unsere Vorgänger haben sich in den 90er Jahren über den Bebauungsplan dazu verpflichtet, hier eine entsprechende Maßnahme, also eine entsprechende Umsetzung dieser Durchfahrtssperre herzustellen. Ja, und insofern bitte ich da mit Vorsicht umzugehen, wenn man sagt, was macht ihr hier für einen Blödsinn. Das Einzige, was hier rechtlich zu klären ist, und das liegt dann einzig und allein an den Betroffenen, ob es sozusagen diese Maßnahme des Durchfahrtsverbotes gibt, und da bin ich mir ziemlich sicher, dass dann das Gericht sagt, ja, dieses Durchfahrtsverbot besteht durch Festsetzung im Bebauungsplan. So, das wird das Ergebnis eines Gerichtsverfahrens sein. Und dann setzen wir uns wieder hier zusammen und sagen, wie soll dann diese bauliche Ausführung dieses Durchfahrtsverbots bestehen. Das heißt also, dann sind wir wieder genau an derselben Stelle. Deshalb ist der Weg über das Gerichtsverfahren in meinen Augen Zeitverschwendung. Und jetzt gäbe es noch eine Möglichkeit, eine Möglichkeit gäbe es noch, dass man die Polizei dazu bekommt, weil es fließender Verkehr ist, der da durchrauscht, dass man die Polizei dazu bekommt, quasi 24 Stunden, 7 Tage in der Woche, 365 Tage im Jahr, dort permanent eine Kontrolle macht. Und Sie glauben doch nicht im Ernst, dass da die Polizei zustimmt, das zu machen.

Herr Dr. Lochmann: Sie dürfen nochmal Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf: Ich wollte es eigentlich nochmal ergänzen, weil wir reden ja über Finanzen. Und ich will nochmal darauf hinweisen, was wir in den letzten 20, 25 Jahren ausgegeben haben. Da ist die Summe von 200.000 Euro schon zusammengekommen. Und

wenn wir über den nächsten Haushalt, den nächsten und den übernächsten und so weiter diskutieren, können wir da einen festen Posten reinmachen dann, der da lautet, Schranke schon mal im Zehnerpack kaufen, weil sie dann günstig ist offensichtlich. Wir versuchen das ja abzukürzen mit dieser Vorlage. Natürlich ist das jetzt ein Aufschlag mit 200.000, 250.000, das ist uns schon klar. Aber deswegen habe ich ja vorhin nochmal gesagt, nichts Mechanisches mehr, was irgendwie kaputtgehen kann, kein elektronisches Bauteil, wo man wieder ewig und drei Jahre auf Ersatzteile warten muss und wo immer wieder Verwaltungsmitarbeiter auch beschäftigt werden müssen, um diese Arbeiten dann zu begleiten und umzusetzen. Natürlich ist es eine Hausnummer, aber wir gehen davon aus, mit dieser Betonwanne, wenn sie dann im Boden liegt, dass da zumindest mal die nächsten 20 Jahre Ruhe ist, bis das Bauteil dann selber saniert, repariert werden muss. Das ist eine Abwägung, die man hier treffen muss. Macht man jetzt einmal einen Cut und sagt, das Thema ist gelöst, oder dreht man dann mit jedem Haushaltsjahr die nächste Schleife, weil immer wieder Kosten für Reparaturen anfangen. So, und die Sache mit dem Bus. Herr Dr. Meerheim, wir organisieren irgendwas, eine Videokonferenz, wo die HAVAG nochmal erklärt, wie funktioniert das mit den Umläufen und so weiter. Weil es ist auch nur ein Verkehrsmodell und wenn die irgendwo an dem Schraubchen was drehen, passiert dann nachher nach hinten raus was. Vielleicht ist das einfach nochmal notwendig. Ja, oder wir gehen alle zusammen nochmal hin. Wie auch immer, also wir organisieren was, Herr Bürgermeister, wo man das nochmal erklärt, welche Auswirkungen hat das, was kostet ein Bus, also nicht neu anschaffen von der Abschreibung und was weiß ich nicht alles vom Personal. Es ist ja nicht nur ein Fahrer und so. Also ich mache mal einen vorsichtigen Schuss. 24-Stunden-Dienst mit Polizei, die dürfen ja nie alleine sein, zur Sicherheit, zur Eigensicherung und so weiter. Nein, also vermutlich ist dann das Bus-Umleiten immer noch günstiger, als einen Polizisten mit seinem Jahresgehalt oder mehrere dahin zu stellen.

Herr Dr. Lochmann: Gut, Herr Vierkant, Sie hatten sich vorhin zusammen mit Herrn Sehrndt gemeldet.

Herr Vierkant: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ja, es ist natürlich leicht, jetzt einfach eine Sperre hinzubauen und dann sagen wir, dann haben wir es geklärt. Es stellt keiner in Zweifel, dass das Recht hier besteht, eine entsprechende Vorkehrung für irgendwie zu treffen. Wir haben die Variante im Planungsausschuss beschlossen mit der 1. Das wären die Schilder. Die Schilder, Sie tun jetzt so, als bräuchte es hier eine Rund-über-die-Uhr-Bewachung. Wir haben am Rennbahnkreuz Richtung Saale-Center die Busschleuse, aber wir haben auch am Rennbahnkreuz die Fahrradstraße Richtung Sandanger. Dort funktioniert es wunderbar, dass die Schilder entsprechend aufgestellt wurden. Wenn da wieder zu viele Autos durchfahren, steht dann eine Woche lang die Polizei, fängt die Leute für teurer Geld ab, lässt sie blechen. Und dann fährt da auch keiner mehr durch. Wir haben vorhin gehört, dass entsprechend nur eine mechanische Erfassung der Durchfahrt einen Erfolg hat. Das heißt, die Polizei hatte da wohl auch keine Lust, sich immer hinzustellen, wenn sie wirklich mal konsequent da stehen würde eine Woche. Kann ich Ihnen versprechen, dann wird da wahrscheinlich auch deutlich weniger Durchfahrtsverkehr sein. Und die Stadt selber hat entsprechend diese massiven Kosten eingespart. Wir reden hier über Haushaltskonsolidierung, wollen hier aber sowas mit 250.000 hinsetzen. Sie haben wieder das Problem, dass entsprechend im Zweifel demoliert wird, weil einfach der Widerstand der Bevölkerung wohl teilweise vorhanden ist. Sie haben eine Regelung mit Schildern. Wenn die Leute sich rechtswidrig verhalten, müssen sie auch entsprechend zur Rechenschaft gezogen werden und dann ihre Konsequenzen ziehen. Das funktioniert an anderen Stellen der Stadt auch, dass sich die Menschen an die Gesetze halten, weil sie entsprechend sonst sanktioniert werden. Das ist hier überhaupt nicht einzusehen, dass das so anders nicht funktionieren sollte.

Herr Dr. Lochmann: Herr Wolter.

Herr Wolter: Ja, interessant, worüber wir hier sprechen. Also erstmal würde ich sagen, wir haben ja im Finanzausschuss hier eine Vorlage, wo es eigentlich nur um die außerplanmäßige Auszahlung dieser Mittel geht und nicht um einen Baubeschluss. Und Sie tun ja alle so, als ob wir über den Baubeschluss diskutieren. Das hat natürlich die Gründe jetzt durch die doch nochmal konkretisierenden Bürgerfragen, die wir erhalten haben oder, wenn man sagt mal, Versachlichung der Debatte, das klingt für mich alles wichtig und auch richtig. Und ich glaube, die Verwaltung hat ja klar aufgezeigt, dass nach der Abwägung hier ein belastbarer Vorschlag vorliegt. Das kann man jetzt gut finden oder nicht. Aber ich würde erstmal zur Vorlage sprechen und sagen, dieser Vorlage kann ich zustimmen, nämlich die Auszahlung. Weil das Problem ist, wenn wir dem jetzt nicht zustimmen und der Vergabeausschuss, der Vorlage des Vergabeausschusses zustimmen würde, wäre es wirklich bekloppt. Insofern finde ich auch die Vertragung vollkommen sinnfrei. Insofern richtig, dass wir das hier befassen und auch beschließen, damit der Vergabeausschuss am Donnerstag diese Entscheidung treffen kann. Erstens. Zweitens, die Anmerkungen, die jetzt sozusagen passiert sind nochmal zur Vorlage allgemein, diese 460.000 Euro, die hier beschrieben sind von der HAVAG, was ja Dr. Meerheim auch dargestellt hat. Ich glaube, das wäre gut, wenn am Donnerstag nochmal klar dieser Hinweis im Vergabeausschuss ergeht, weil der Planungsausschuss hier, ich sage mal, aus Pseudogründen zur Haushaltskonsolidierung irgendwo einen Beschluss gefasst hat, der ist einfach nicht nachvollziehbar, weil natürlich hier eine Umsetzung eines Planfeststellungsverfahrens das Ziel ist. Und das ist unser gemeinsames Ziel und das muss auch das Ziel sein der Verwaltung und auch von uns, dass wir hier nicht nur Alibi-Beschlüsse fassen, sondern eben sagen, okay, das ist dann auch umsetzbar, das ist sicher, das ist auch vandalismussicher, auch wenn ich, glaube ich, Fragesteller 5, Sie hatten das beschrieben, fassungslos, kann man ja sagen, dass wir hier sozusagen eigentlich darüber diskutieren, weil einfach die Verkehrsregeln nicht eingehalten werden. Aber das ist so und dazu müssen wir uns auch stellen und ich glaube, dazu wäre es bereit. Ich fände es gut, wenn diese Erläuterung zu diesen 460.000 Euro, die sind für mich auch nicht schlüssig, 1.200, 1.300 Euro am Tag kosten, die durch diese andere Streckenführung passieren. Ich würde von der HAVAG auch eine Aussage erwarten wollen, ob es da Alternativlösungen gibt. Und wir diskutieren hier mit dem Angebot des öffentlichen Nahverkehrs auf einem sehr guten und hohen Niveau. Das Stadtbahnprogramm ist einer unserer Glanzpunkte, glaube ich, und wir sollten da auch sozusagen auch offen mit der HAVAG sprechen, ob es da Lösungsvorschläge gibt und nicht nur einfach sagen hier, also insofern...

Zwischenrufe

Herr Wolter: ...ja, aber wir haben die nicht geführt, Sie haben die verwaltungsintern, das ist für mich auch total nachvollziehbar gewesen, aber diese Diskussion ist anscheinend im Planungsausschuss nicht ganz klar angekommen, wenn es da wirklich eindeutig und nachvollziehbar auch vom Planungsausschuss eben diesen Beschluss gibt, nein, wir wollen diese Umleitung nicht, weil das wäre wirklich die einfachste Lösung, dort eine komplette Sperrung nach meiner Einschätzung. Und der letzte Punkt dazu, ich glaube, dass wir es richtig machen sollten, dass wir hier das grüne Licht geben, damit der Vergabeausschuss hoffentlich am Donnerstag auch die Verwaltung bestätigt in ihrem Vorschlag.

Herr Rebenstorf: Herr Vorsitzender, Herr Wolter, da das jetzt hier so eine Dynamik hat zum Thema HAVAG, Herr Schültke, können Sie bei der HAVAG mal anfragen, ob die vielleicht bis Donnerstag schon was hinkriegen, dass wir zumindest einen kleinen Abriss mit zwei Folien haben.

Zwischenrufe

Herr Rebenstorf: ...nee, das machen wir direkt dann mit denen. Aber Herr Wolter, wir würden jetzt mal probieren, ob wir für Donnerstag was hinkriegen. Zumindest, Herr Schültke,

für den einen Fall und unabhängig davon, Herr Dr. Meerheim, dann können wir uns das ja grundsätzlich nochmal, vielleicht hilft das ja, erklären zu lassen, was das bedeutet, wenn man Veränderungen an der Linienbelegung, ein Bus mehr, ein Bus weniger, dass man das vielleicht in einer größeren Themenstunde nochmal abhandelt. Okay, also Herr Bürgermeister, wir gucken, dass wir für Donnerstag was hinorganisiert kriegen, dass wir wenigstens diese 460.000, Herr Schültke, aufgedröseln kriegen. Danke.

Herr Dr. Lochmann: Okay, vielen Dank. Herr Kehr wieder.

Herr Kehr wieder: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Eine Frage in die Richtung, sollten wir jetzt diesen Antrag hier, Ihre Beschlussvorlage beschließen, dann hat das ja nicht unmittelbar zur Folge, dass das Geld auch ausgezahlt wird, wenn wir den im Vergabeausschuss ablehnen. Genau. Also vom Verfahren her sehe ich das so, wenn wir uns dann trotzdem im Vergabeausschuss entscheiden, dass der Antrag nicht sinnvoll ist und wir trotzdem den Antrag von Herrn Kerzel beschließen, von Hauptsache Halle, dann sind die Zahlen auf 50.000 nicht weg.

Herr Bürgermeister Geier signalisierte Zustimmung.

Herr Kehr wieder: Also ist es das Sinnvollste, wenn wir jetzt hier einfach zustimmen, dem Verfahren das nicht noch länger nach vorne zu schieben. Gut, richtig verstanden, dann gibt es Zustimmung meiner Fraktion.

Herr Dr. Lochmann: Vielen Dank. Herr Pieloth ist noch dran. Ach so, Sie ziehen zurück? Dann Herr Vierkant.

Herr Vierkant: Ja, aber andersrum, wenn der Vergabeausschuss am Donnerstag die dauerhafte Sperrung für 460.000 beschließt, dann haben wir das Geld nicht. Weil wir hier nämlich 250.000 beschließen. Das heißt, es ist vollkommen absurd, hier über Geld zu beschließen, solange der Variantenschluss durch ist.

Zwischenrufe

Herr Dr. Lochmann: Herr Wolter nochmal.

Herr Wolter: Ja, aber die 460 ist doch nur in der Vorlage definiert als die Mehrkosten der HAVAG und nicht als Kosten für die Stadt. Sondern es sind nur, es würde, wenn eine Vollsperrung passiert und die Umleitung passiert, das würden dann 460.000. Genau, dauerhaft jedes Jahr, nicht nur einmalig.

Herr Dr. Lochmann: Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf: Also, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, sollte das am Donnerstag kommen. Es geht ja nur über einen Änderungsantrag. Das muss man auch dazu sagen. Unsere Vorlage lässt das ja nicht zu. Unsere Vorlage sagt, die bauliche Betonbusschleuse. Es gibt einen Änderungsantrag von Hauptsache Halle. Die sagen, unsere Variante 1. Unsere Variante 1 ist, es bleibt bei den Schildern und wir bauen die Ruine der alten Schrankenanlage. Herr Schültke, korrigieren Sie mich, 15.000 Euro waren es, glaube ich. Irgend so was bauen wir zurück. Und beseitigen wenigstens die Ruine. Sollte ein weiterer Änderungsantrag kommen, der da sagt, vollständige Sperrung. Und nur diese Schlippe für Fußgänger und Radfahrer. Dann brauchen wir einen Änderungsantrag. Und wenn der durchgeht, hat das am Ende zur Folge, dass das Defizit der HAVAG wächst. Und unser Zuschuss, den wir aus der Stadtkasse jedes Jahr an die HAVAG zahlen, entsprechend erhöhen. Oder wir diskutieren über Angebotsreduzierung. Das muss man so deutlich sagen. Die zwei Möglichkeiten haben wir dann nur. Anders geht's nicht.

Herr Bürgermeister Geier: Oder ich mache einen Widerspruch wegen Nachteiligkeit.

Herr Rebenstorf: Das ist das, was ich dem Bürgermeister, wir dürfen es ja nicht selber machen als Beigeordnete, ich kann ihm als Hauptverwaltungsbeamten dann nur den Widerspruch empfehlen, weil die 460 einfach zu viel sind.

Herr Dr. Lochmann: Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt: Ich beantrage dann namentliche Abstimmung.

Herr Dr. Lochmann: Okay, bin ich tatsächlich etwas unsicher, ob da jetzt noch irgendwie drüber abgestimmt werden muss, oder ob wir das einfach, ach so, Geschäftsordnung, ja, nur welche Mehrheit, ich habe es ehrlich gesagt gerade nicht im Kopf. Gut, also, wer ist im Geschäftsordnungsantrag für eine namentliche Abstimmung, wer ist dafür? Das sind drei, ja, trotzdem muss ich ja noch fertig abstimmen lassen, wer ist dagegen? Das sind eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs. Und wie viele Enthaltungen? Zwei Enthaltungen, gut, dann müssen wir trotzdem eine namentliche Abstimmung machen, weil wir die 20% haben, okay. Gibt es weiteren Diskussionsbedarf? Ich glaube nicht. Oder doch, Herr Vierkant?

Herr Vierkant: Ich wollte jetzt auch nur mal zum Abschluss der Debatte noch mal sagen, wir sind natürlich dafür, dass eine rechtssichere Variante hier gefunden wird. Aber wir sehen ja nicht den Bedarf, das zu beschließen, was, wie gesagt, im Planungsausschuss schon mit deutlicher Tendenz abgelehnt wurde. Deswegen, na ja, aber wir können ja nicht einfach Mittel freigeben für eine Sache, die tendenziell gar nicht kommt. Deswegen, Dankeschön.

Herr Dr. Lochmann: Ja, Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner: Also, wenn das jetzt schon namentlich läuft, dann müssen wir uns aber noch verständigen, ob wir den Kerzel'schen Änderungsantrag namentlich abstimmen oder den anderen.

Herr Dr. Lochmann: Der ist ja nicht Gegenstand. Hier geht es ja nur um die Finanzierung. Deswegen, die inhaltliche Abstimmung passiert ja erst im Vergabeausschuss. Und da kann man dann nochmal separat diskutieren, ob man das auch namentlich abstimmen will.

Herr Dr. Bergner: Das war mein Fehler. Entschuldigung.

Herr Dr. Lochmann: Ja, alles gut. Da ich jetzt keine alphabetische Liste habe, schlage ich vor, wenn jemand etwas dagegen hat, dass ich einfach von hier vorne aus entsprechend der Sitzordnung vorgehe und jeden frage Ja, Nein, Enthaltung. Dann würde ich jetzt in das Abstimmungsverfahren gehen. Herr Vierkant?

Herr Vierkant: Nein.

Herr Dr. Lochmann: Herr Sehrndt?

Herr Sehrndt: Nein.

Herr Dr. Lochmann: Herr Nistripke?

Herr Nistripke: Enthaltung.

Herr Dr. Lochmann: Herr Kehrwieder?

Herr Kehrwieder: Ja.

Herr Dr. Lochmann: Herr Schachtschneider?

Herr Schachtschneider: Enthaltung.

Herr Dr. Lochmann: Frau Dr. Wünscher?

Frau Dr. Wünscher: Nein.

Herr Dr. Lochmann: Herr Dr. Bergner?

Herr Dr. Bergner: Nein.

Herr Dr. Lochmann: Herr Dr. Meerheim?

Herr Dr. Meerheim: Ja.

Herr Dr. Lochmann: Herr Pieloth?

Herr Pieloth: Nein.

Herr Dr. Lochmann: Herr Wolter?

Herr Wolter: Ja.

Herr Dr. Lochmann: Ich selbst werde mit Enthaltung stimmen. Kann das jemand zusammenzählen? Ich habe jetzt nicht mitgezählt.

Herr Bürgermeister Geier: Also ich habe 3 Ja, 5 Nein, 3 Enthaltung.

Herr Dr. Lochmann: Ja, dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Bürgermeister Geier: Gut, dann verlieren wir zur Not einen Monat.

Herr Dr. Lochmann: Ja, also genau, falls dann das andere zugestimmt würde, müsste man dann nochmal diese Vorlage in den Finanzausschuss bringen. Gut, vielen Dank. Die Verwaltung wird dann nochmal darüber befinden. Das müssen wir jetzt nicht herausfinden, wie das jetzt...

Herr Bürgermeister Geier: Ich will es mal erklären, das ist jetzt nochmal verfahrensmäßig wichtig, dass dann auch jeder weiß, dass die Verwaltung da keinen Blödsinn macht. Diese Ablehnung dieser außerplanmäßigen Ausgabe hier im Finanzausschuss bedeutet, dass im Vergabeausschuss dort die Finanzierung dieser Vergabe oder dieser Entscheidung im Vergabeausschuss finanziell nicht gesichert ist. Und das führt dann dazu, dass nach den Regularien des Vergaberechts die Verwaltung das sozusagen nicht auf der Tagesordnung lassen kann.

Zwischenrufe

Herr Bürgermeister Geier: Das machen wir trotzdem, weil Sie haben da natürlich, das kann ich auch nachvollziehen, wollen Sie da Transparenz, wie die 460.000 entstehen und das machen wir auf jeden Fall. Weil das ist natürlich ein Beziehungsgeflecht der Routenplanung, das nicht so ganz trivial ist.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2025 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.54101181.700 Busschleuse Dieselstraße Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 250.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus nachfolgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.54702010.705 ÖPNV / HAVAG / LZA (HHPL Seiten 634, 1193)
Finanzpositionsgruppe 681* Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen - ÖPNVG in Höhe von 250.000 EUR

**zu 6.2 Wechsel von Sanierung zu Ersatzneubau der Judo- und Ringerhalle auf der Sportanlage des SV Halle e.V., Kreuzvorwerk 22 in 06120 Halle (Saale) im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“
Vorlage: VIII/2024/00631**

Herr Nistripke fragte, warum für die Sanierung die Auflage besteht, dass der Altbestand abgerissen wird.

Herr Siegel antwortete, dass das Förderprogramm konterkariert werden würde, sollte der Altbestand des Gebäudes erhalten bleiben. Andernfalls wäre die Einsparung von Kohlenstoffdioxid nicht möglich.

Herr Dr. Lochmann fragte nach genaueren Details hinsichtlich der Kosten der beiden Varianten Sanierung und Abriss mit Neubau.

Herr Siegel sagte, dass die Unterschiede im sehr niedrigen Prozentbereich liegen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Lochmann** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, in Änderung des Beschlusspunkts 1 des Stadtratsbeschlusses vom 28.08.2024 (VII/2024/07256), die Antragsstellung für einen Ersatzneubau anstatt einer Sanierung der Judo- und Ringerhalle auf der Sportanlage des SV Halle e.V., Kreuzvorwerk 22 in 06120 Halle (Saale) über das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ – Projektauftrag 2023, bei ansonsten gleichbleibendem Gesamtkosten- und Förderumfang.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Sicherung der Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf Vorlage: VIII/2024/00388

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt

Herr Dr. Lochmann: 7.1 Antrag der Fraktion Die Linke zur frühzeitigen Sicherung der Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf. Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Dr. Meerheim bitte.

Herr Dr. Meerheim: Ich rede nicht lange. Wir haben ja eine neue Version jetzt erarbeitet, die fußt ein bisschen auf den neuen Informationen, die wir im Vergleich zu der ersten Version des Antrages im Verlauf der Diskussion in den vergangenen Ausschüssen seitens der Stadtverwaltung erhalten haben. Und haben versucht daraufhin unseren Antrag zu überarbeiten und auch den Intentionen der Stadtverwaltung, die in den Gesprächen mit ihr selbst und auch in den Ausschlusdiskussionen so rübergekommen sind, da entgegen zu kommen. Und das Ergebnis liegt Ihnen jetzt mit den fünf Punkten dieses Antrages vor. Inhaltlich will ich da jetzt nicht nochmal was dazu sagen, konnte ja jeder lesen. Habe ich keine Lust das alles nochmal vorzutragen. Bitte um Abstimmung.

Herr Dr. Lochmann: Gut, ich sehe sonst keine Wortmeldungen, doch, Herr Vierkant.

Herr Vierkant: Es stehen ja noch ein paar Fragen offen, deswegen würde ich hier gerne mal einhaken. Natürlich, ich habe auch verstanden, dass in Punkt 1 Sie jetzt erstmal nur auffordern, zu informieren. Es ist ja trotzdem die Frage, das ist ja dementsprechend dann auch impliziert, dass der Stadtrat in die Möglichkeit versetzt wird, zu vollziehen beim Vorkaufsrecht. Und da wäre die Frage, ob es da irgendwelche Vorgespräche im Landesverwaltungsamt gibt, dass sie die Kreditermächtigungen auch geben würden, weil das ist ja völlig offen, ob wir da dementsprechend auch überhaupt die Chance bekommen, da entsprechend solche Kosten aufzuwenden. Deswegen die Frage an die Verwaltung, gibt es da schon irgendwelche Vorgespräche oder ist das völlig offen und wir beschließen hier einfach so einen Raum hinein.

Herr Dr. Lochmann: Der Herr Bürgermeister ist uns abhandengekommen. Ah, da kommt er wieder. Vielleicht Sie zuerst, Herr Stimpel.

Herr Stimpel: Also nach unserem Kenntnisstand wären dafür keine Kredite möglich, weil das keine rechtlich verpflichtende oder zeitlich unabweisbare Aufwendung wäre. Das heißt, wir müssten das aus dem städtischen Haushalt decken.

Herr Dr. Lochmann: Ja, Herr Vierkant.

Herr Vierkant: Aber auch aus dem laufenden Haushalt wäre ja dementsprechend eine Sonderermächtigung vom Landesverwaltungsamt bei dieser Größenordnung notwendig, weil wir können es ja nicht einfach irgendwie gegenfinanzieren. Diesen Spielraum haben wir ja gar nicht. Deswegen ist ja die Frage, wie können wir hier über einen Antrag beschließen, der letztendlich dazu führen könnte, dass wir gezwungen sind, einen rechtswidrigen Verkauf zu tätigen.

Herr Dr. Lochmann: Also das müsste ja dann noch separat beschlossen werden. Also ich meine, wir beschließen damit jetzt nicht den Ankauf oder irgendwas. Also ich halte das ehrlich gesagt für nicht stichhaltig als Widerspruch gegen diesen Beschluss. Da ohnehin noch jede Menge Fragen vorher zu klären wären, bevor man das tatsächlich machen könnte. Hier geht es ja nur sozusagen um eine Absichtserklärung, darüber nachzudenken, das zu tun. Herr Stimpel.

Herr Stimpel: Also es geht hier genau darum, dass wir den Stadtrat quasi in diese Entscheidungsprozesse mit einbeziehen und beauftragt werden im Zweifel einen Ankauf zu tätigen. Das heißt, wir müssen mit einer Vorlage kommen, mit einer entsprechenden Finanzierungsempfehlung oder Finanzierungsmöglichkeit. Aktuell besteht die nach dem derzeitigen Haushalt nicht. Das heißt, man müsste dann im Zweifel sagen, wenn wir das ankaufen sollen für den und den Betrag, müssten wir auf der anderen Seite das Geld irgendwo wegnehmen und können ein Projekt nicht umsetzen. Aber hiermit wird ja kein Verkauf oder Ankauf in dem Sinne getätigt. Also insofern reden Sie jetzt schon über Schritt 2.

Herr Dr. Lochmann: Herr Vierkant.

Herr Vierkant: Eine letzte Frage, wie gesagt. Zum Verständnis, diese Absichtserklärung, ist die rechtlich zulässig vom Landschaftsverwaltungsamt so bewertet worden oder sind wir dann entsprechend ganz einfach, also das können wir einfach machen und unabhängig davon, wie die später mal die Folgen sind.

Herr Stimpel signalisierte Zustimmung.

Herr Vierkant: Okay, danke.

Herr Dr. Lochmann: Okay, dann Herr Wolter.

Herr Wolter: Ja, also danke erstmal für die Änderungen, weil im AKUO las sich das alles noch ein bisschen anders und gab es ja auch verschiedene Anmerkungen dazu mit der Zielstellung und dem Antrag. Also wir würden auch im Stadtrat 1, 2 und 5 höchstwahrscheinlich zustimmen. Bei 3 und 4 hatte die Verwaltung ja erklärt, dass es da eine rechtliche Würdigung gäbe, dass es da vielleicht übertragener Wirkungskreis gibt. Deswegen sind wir da ein bisschen zurückhaltender und würden das gerne nochmal hier im Finanzausschuss thematisieren. Gibt es da Bedenken von Seiten der Verwaltung? Das ist ja, ich sag mal, nicht die Linke unterstellt wirkungslos, aber das ist ja eher „Bitte macht mal.“ ein Aufruf, als dass es eine Wirkung hat, diese Punkte 3 und 4. Aber im Umweltausschuss wurde darauf hingewiesen, dass es übertragener Wirkungskreis ist und deswegen rechtlich vielleicht bedenklich.

Herr Dr. Lochmann: Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf: Herr Vorsitzender, Herr Wolter, dazu würde ich jetzt antworten. Das war aus dem Umweltausschuss heraus, wo wir erst kurz vorher diese Änderung gesehen haben und uns selber noch nicht einig waren. Den Punkt 3 halten wir für unproblematisch, weil wir das über die kommunale Planungshoheit abdecken können. Wenn wir festlegen, dass dort grün bleibt oder Wasser bleibt und Angelgewässer usw., können wir das im Flächennutzungsplan machen. Aber unabhängig davon, dass es immer noch Behörden gibt, die über uns stehen und dann anders agieren könnten. Bei 4 waren wir uns intern nicht ganz sicher gewesen. Letztendlich ist es nur ein Statement des Stadtrates, wenn man das 1 zu 1 vorliest, was hier drinsteht. Vermutlich ist, deswegen gucke ich Frau Kollegin Marquardt an, weil sie über die Gesamtantwort unterschreiben. Und ich kann der Kollegin mitgeben, wir prüfen das, wir sitzen morgen nochmal zusammen, prüfen das nochmal. Aber vermutlich

bleibt es bei der Antwort, wir können die Zustimmung empfehlen, unabhängig davon, dass sich der Stadtrat dafür ausspricht, Hintergrund, also das ist keine Ausweitung von Deponien. Hintergrund ist der, dass es Verfahren gibt oder Verfahren geben kann, die nicht in der Stadt geführt werden, sondern die direkt vom Landesverwaltungsamt geführt werden. Und da haben wir dann keinen Einfluss mehr drauf. Das war der einzige Punkt, wo wir uns nicht ganz sicher waren. Aber Sie können ja hier, es ist nichts anderes als ein Statement, eine Aussage. Der Stadtrat wünscht sich das in dem Sinne, dass er sich dagegen ausspricht. Was dann eine andere Behörde, die uns übergeordnetes entscheidet, steht auf einem anderen Blatt. Danke.

Herr Dr. Lochmann: Herr Meerheim, wollten Sie noch? Hat sich erledigt. Alles klar. Gut. Dann glaube ich, können wir zur Abstimmung kommen. Wer dieser Vorlage zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. Das sind fünf. Wer stimmt dagegen? Keiner. Wer Enthalt sich? Das müssten sechs sein. Ja, geht auf. Gut. Passt. Dann ist er dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Entscheidung zu ermöglichen, in wie weit die Flächen der Kleingartenanlagen in Bruckdorf samt Nebenflächen und Zufahrtswegen durch die Stadt von der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau- Verwaltungsgesellschaft (LMBV) erworben werden und somit ein Vorkaufsrecht ausgeübt wird.
2. Die Stadtverwaltung legt hierfür unverzüglich dem Stadtrat eine Beschlussvorlage vor die beinhaltet:
 - a) die Kaufkonditionen und den Umfang der zum Verkauf vorgesehenen Flächen,
 - b) die Finanzierungsoptionen für die Nutzung des Vorkaufsrechts,
 - c) Optionen zur langfristigen Refinanzierung des Ankaufs der Flächen.
3. Die Stadt Halle (Saale) strebt den Erhalt aller Kleingartenanlagen auf diesem Gebiet an, solange die Nutzung als Kleingärten nach Bundeskleingartengesetz gewährleistet ist. Die Stadt strebt ebenfalls den Erhalt der Gewässer und Tagebaurestlöcher an und unterstützt die Nutzung u. A. als Angelgewässer.
4. Der Stadtrat spricht sich gegen die Ausweitung der Behandlungsanlagen für Bauschutt sowie gegen die Ausweitung von Deponien über die bereits genehmigten Flächen in Ammendorf und Bruckdorf hinaus aus.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Jährlicher Bericht über vergütete Praktikumsstellen gemäß Beschluss des Stadtrates vom 29.06.2021 (Vorlage Nr. VII/2021/02621) Vorlage: VIII/2025/00769

Herr Dr. Lochmann informierte, dass die Mitteilung zum TOP 8.1 Jährlicher Bericht über vergütete Praktikumsstellen gemäß Beschluss des Stadtrates vom 29.06.2021 im Session hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anfragen von Fraktionen oder Stadträten vor.

zu 10 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Lochmann** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Mario Lochmann
Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Lisa Leluk
Protokollführerin